

"Wir machen das Maximum möglich"

Autor(en): **Wasescha, Luzius / Hugi, Beat**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **59 (2004)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-903787>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

«Wir machen das Maximum möglich»

Eigentlich wollte er gleich selbst am 12. Möschberg-Gespräch zum Thema «Landwirtschaft raus aus der WTO?» referieren. Dann aber standen kurzfristig Verhandlungen in Bangkok an. So kommentiert Botschafter Luzius Wasescha, Chefunterhändler der Schweiz bei der WTO, Delegierter für Handelsverträge und Leiter des Leistungsbereichs Welthandel im Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), den Stand der Dinge und die letzte WTO-Verhandlungsrunde von Genf mit Schwerpunkt Landwirtschaft im Gespräch mit Kultur & Politik.

Kultur & Politik: Was hat sich seit dem 1. August in Sachen Landwirtschaft in der WTO getan, Luzius Wasescha?

Luzius Wasescha: Die Verhandlungsgruppen haben ihre Arbeit wieder aufgenommen. In ersten Sitzungen wurde identifiziert, welche technischen Klärungen in dieser Phase geleistet werden können, technische Arbeiten, die generell bei allen Verhandlungsthemen nötig sind. Es läuft die Arbeit am Detail.

Die Rahmenbeschlüsse von Genf bleiben für Sie ein erfolgreicher Schritt in die richtige Richtung?

Das 1. August-Ergebnis ist und bleibt für mich aus drei Gründen ein Erfolg: Erstens haben wir die blockierte Doha-Runde wieder auf die Schiene gebracht, zweitens haben wir mit diesen Entscheidungen die Fortsetzung der Arbeit in den Arbeits- und Verhandlungsgruppen ermöglicht, drittens hat man einen Zeitplan aufgestellt, der uns zeigt: Die Doha-Runde wird nicht vor 2006 oder 2007 zu Ende gehen.

Die Einflussnahme der G-10-Gruppe in Genf ist ein Verdienst der Schweiz?

Absolut, ja. Die Kerngruppe der G-10 sind Japan, Korea, Norwegen und die Schweiz. Dazu gehören auch noch Taiwan, Bulgarien, Mauritius, Island und Liechtenstein.

Was eint diese Gruppe?

Erstens sind es Länder mit hohen Importzöllen, mindestens auf ein paar Produkten. Es sind zweitens mit Ausnahme von Bulgarien alles Nettoimporteure. Drittens ist bei den Europäern in der Gruppe die EU der Hauptlieferant, bei den Asiaten sind es die USA. Von jeder Marktzutritterweiterung profitiert vor allem dieser Erstlieferant. Er ist schon am Markt aktiv, er hat seine eingespielten Marketingstrategien. Für ihn ist es



Freut sich immer noch über die Knochenarbeit der Schweizer Delegation bei den WTO-Verhandlungen zum Schwerpunkt Landwirtschaft in Genf: Luzius Wasescha.

ein Leichtes, von zusätzlichen Möglichkeiten am Markt sofort Gebrauch zu machen. Währenddem Entwicklungsländer, speziell die kleinen und mittleren, einer grossen Illusion verfallen, wenn sie glauben, sie kämen nach solchen Öffnungen in unseren Ländern wirklich auf den Markt. Das pure Gegenteil ist der Fall. Heute sind die kleinen und mittleren Entwicklungsländer dank der Präferenzzölle (Null oder 50 Prozent Reduktion) auf unserem Markt. Baut man die Zölle generell ab, schwindet die Präferenzmarge und der Vorzugszoll verschwindet. Sie werden sofort von jenen verdrängt, die die Produkte am billigsten anbieten können. Beim Zucker beispielsweise wäre das ohne Zweifel Brasilien. Öffnen wir unseren Zuckermarkt, profitiert Brasilien massiv und Australien ein bisschen. Die EU, Mauritius und zahlreiche

kleine Zuckerproduzenten aber kommen unter die Räder.

Die G-10 Gruppe hat in Genf auch den speziellen Umgang mit so genannt «sensiblen Produkten» auf den Punkt gebracht. Für Sie ein Durchbruch?

Bewegen Sie sich in einem bestimmten Bereich und gelingt Ihnen dort eine Reform, dann erlebt man das erst einmal als grossen Schritt. Schaut man dann aus Distanz wieder das Ganze an, bleibt es zumindest ein kleiner Schritt in die richtige Richtung...

...der gerade für die Schweizer Landwirtschaft sehr wichtig scheint.

Und ob, klar. Mit den Leistungen der Agrarprogramme 2002 und 2007 haben wir unsere Hausaufgaben bei den Exportsubventionen

und bei der Inlandstützung gemacht. Davor brauchen wir uns in der WTO nicht zu fürchten. Bei den Zöllen aber geht es um die Wurst. Das ominöse «Zollcapping», das heisst die Begrenzung auf einen Maximalzoll, den die Amerikaner vehement gefordert haben, finden wir im Text vom 1. August in stark abgeschwächter Form.

Das Capping soll in den weiteren Verhandlungen neu «evaluiert» werden...

... und das ist klar ein Erfolg der G-10. Das haben die USA anerkannt. Der nächste Schritt ist nun, bei diesen sensiblen Produkten die Modalitäten so auszugestalten, dass wir uns möglichst grosse Flexibilität bewahren können und der Preis für ein sensibles

Wie haben sie in Genf konkret verhandelt? Was passierte wann und wo?

Wir hatten das Grundproblem, dass die G-10-Gruppe nicht in der G-5-Gruppe mit den USA, der EU, Brasilien, Indien und Australien vertreten war, welche die Genfer Verhandlungen quasi unter sich vorbereitet hat. Das ist an sich eine Zumutung, weil in dieser G-5-Gruppe die Exporteure in der Überzahl waren. Wenn man unter den Lautesten ist, heisst das noch lange nicht, im engsten Kreis der Länder sitzen zu dürfen. Ein Vertreter der Nettoimporteure hätte dort mit dabei sein müssen. Das aber haben wir trotz heftiger Interventionen einfach nicht erreicht. Also mussten wir uns zuerst einmal Informationen darüber beschaffen, was in der G-5-

meisten subventionieren auch am meisten abbauen müssen, plötzlich um die Wendung «in absolute oder relative terms» ergänzen wollte. Japan, Norwegen und wir aber sind natürlich «in relative terms» Spitzenreiter in der Subventionierung pro Kopf der Bevölkerung. Also mussten wir eine Argumentation liefern, warum dieser neue Teil des Satzes unbedingt gestrichen werden muss. Auch das haben wir erreicht. Die dritte Dokumentation war den «Non Trade-Concerns» gewidmet. Es galt, die Wichtigkeit der Multifunktionalität zu dokumentieren. Meine eigene Aufgabe war es, einen möglichst engen Kontakt mit dem Vorsitzenden Tim Groser zu pflegen, der die Agrar-Verhandlungen geleitet hat. Er sass bei der G-5 in der Runde dabei. Er war vorher auch in Bern und in Norwegen zu Besuch. Hier wie dort wurde er über unser «Non goes» sensibilisiert, über all das also, wo wir kategorisch Nein zum Paket sagen müssten. Groser hat unseren Standpunkt bei der Ausformulierung der Texte teilweise mitberücksichtigen können. Er war es auch, der unsere anderen Sensibilitäten in der G-5-Runde bekannt gemacht hat.

Er war Ihr Mann in der G-5-Runde?

Als Vorsitzender kann man die allgemeinen Verhandlungen beeinflussen. Diese Rolle hat er ausgezeichnet gespielt. Für uns ein Glücksfall. Eine weitere Aufgabe von uns in Genf: Die gezielte Bearbeitung jener Delegationen, die gewisse gemeinsame Interessen mit uns haben; beispielsweise die Gruppe G-33, die aus Sicht der Entwicklungsländer Sonderschutzklauseln und Sonderprodukte anstrebt. Wir sind mit ihr mehrmals zusammengesessen, um zu erreichen, dass sie uns wenigstens nicht blockieren. Und dass sie nicht massive Forderungen für eine radikale Liberalisierung der G-20 unterstützen. Wir haben versucht, ihnen den konzeptionellen Widerspruch aufzuzeigen. Das gleiche haben wir mit den Indern gemacht. Mit den Kanadiern.

Dann kamen die Minister dazu?

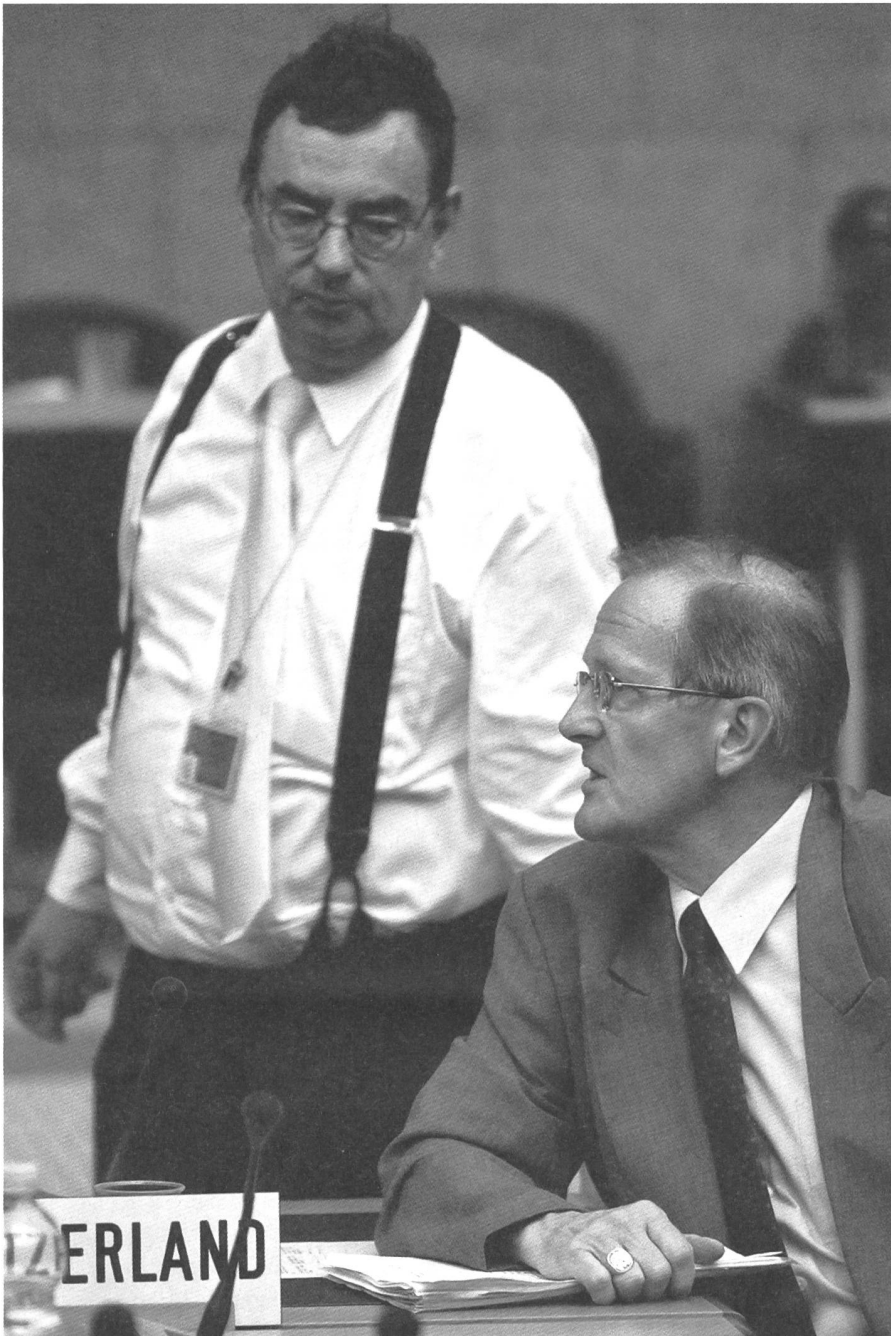
Das gleiche spielte sich dann auf deren Stufe ab, ja. Bundespräsident Deiss hat die beiden letzten Nächte im Greenroom mit mir zusammen bestritten. Er hat das ausgezeichnet gemacht. Er hat den Amerikanern ein, zwei Mal hervorragend Paroli geboten. Argumentativ perfekt. Unsere massive Kritik an der EU und an der USA hat übrigens in Brüssel zu einem Erwachen geführt. Wir werden im Januar ein erstes Seminar G-10/EU zu jenen WTO-Themen durchführen, bei denen wir gemeinsame Interessen haben. Mein Ziel ist



Redet den Bäuerinnen und Bauern derzeit intensiv ins Gewissen: Botschafter Luzius Wasescha braucht Ja-Sager, um in der WTO das Machbare möglich zu machen.

Produkt dann nicht plötzlich höher wird als für die anderen. Denn dann würde die ganze Übung keinen Sinn machen. Ein anderer Teilerfolg, den wir vor der G-10 erstritten haben: der Zollabbau ist eigentlich Zolllinie für Zolllinie vorgesehen gewesen. Nach Genf spricht man in der WTO nur noch von Produkten. Also geht es jetzt um die Definition der Produkte. Spricht man also in einem Zollkapitel von «Weinen» oder von «Weine weiss» und «Weine rot»? Je nachdem, wie man das nun macht, haben wir hier eine weniger grosse Sensibilität, als wenn wir das für jede einzelne Zolltariflinie machen müssten. Es gibt 2400 Zolltariflinien, aber nur 24 Produktkategorien.

Runde aktuell läuft. Und welche Auswirkungen dort Beschlossenes auf unsere Situation zeitigt. Das war das eine. Das andere: wir mussten dazu gemeinsam detaillierte Positionen erarbeiten. So haben wir in der G-10 binnen einer Woche drei technische Papiere, die eigentlich politische Papier waren, verabschiedet. Um sie dann allen 148 Verhandlungsteilnehmern zur Verfügung zu stellen. Das eine war die Argumentation, warum dieses Capping der Zölle keinen Sinn macht und unkorrekt ist, weil einzelne Länder wie die Schweiz doppelt bestraft werden. Ein zweites Papier mussten wir machen, weil die EU einen Satz im Agrarabkommen, der besagt, dass bei der Inlandstützung jene, die am



Diesen Sommer in Genf: Bundespräsident Joseph Deiss und Botschafter Luzius Wasescha am Verhandlungstisch der WTO. Erfolgreich, sagen die beiden. (Bild: key)

es auch, gewisse Rollen zu verteilen. Und als Schweiz zu bestehen. Dann können wir in der WTO ruhig den Winkelried spielen, wenn wir wissen, dass die EU hinter uns steht.

Ohne die EU ist die Schweiz noch kleiner und ihr Verhandlungspotential noch kläglicher?

Unser WTO-Weg führt auch über die EU. Der Gewinner einer Marktzutrittsverbesserung in der Schweiz wird die EU sein. Sie kann das auch bilateral erreichen, aber dort gilt die Reziprozität. Und hier bekommt sie es, weil wir die Verpflichtungen, die wir von der WTO übernehmen, umsetzen müssen. Die EU ist der stärkste Spieler auf dem schweizerischen Markt. Es gibt Leute in

Brüssel, die sprechen vom «Marché nostrum», wenn sie von der Schweiz reden. Und sie reagieren natürlich sehr sensibel, wenn wir mit anderen Ländern etwas aushandeln, das die Stellung der EU-Exporteure auf dem Schweizer Markt schwächt. Hier liegen unsere gemeinsamen Interessen. Aber auch unsere Chance.

Genf hat also auch hier neuen Spielraum gebracht?

Im Gegensatz zum Text von Cancun haben wir klar mehr Spielraum bekommen, aber wir sind längst noch nicht am Ziel. Es kann noch in die verschiedensten Richtungen abdriften. Es geht ja für uns, für die ganze G-10,

und für die EU darum, dass man immer wieder einen direkten Zusammenhang herstellt zwischen den internen Reformen, die so oder so gemacht werden, und dem, was man bei der WTO in Genf macht. Dass dann nicht von Genf aus Auflagen kommen, die den ganzen Reformprozess blockieren, weil die Bauern sich radikalisieren.

Und dereinst zum Referendum gegen das ganze WTO-Paket greifen?

Bei uns in der Schweiz spielt die Referendumsfähigkeit natürlich immer wieder eine grosse Rolle. Falls die Schweizerinnen und Schweizer Nein zu den WTO-Resultaten sagen würden, müssten wir dennoch einen Modus vivendi für unseren dann speziellen Status aushandeln. Für diesen Sonderstatus müssten wir mehr als in der WTO bezahlen. Der einzige Bereich aber, aus dem wir in der Handelspolitik etwas bezahlen können, ist die Landwirtschaft. Also wäre das ganz klar ein gefährlicher Bumerang, würden die Bauern nach dem Referendum schielen. Das müssen sich die Bäuerinnen und Bauern heute schon klar vor Augen halten, bevor sie sich in strategische Manöver verwickeln lassen. Und das Volk mitmobilisieren.

Wie lesen Sie die Reaktion der Getreideproduzenten, die sich schon in den Fall der Zölle geschickt haben und höhere Direktzahlungen budgetieren?

Das ist eine innenpolitische Arbitrage, die gefällt werden muss und die nicht wir machen. Hier sind das BLW und Bundespräsident Deiss gefordert. Da schauen wir, was passiert. Bekommen wir hier die Signale, die Zölle senken zu dürfen, gut so.

Ein heisser Lauf?

Natürlich. Kürzlich war ich bei den Müllern. Für sie wäre es auch kein Problem, die Zölle zu senken, wenn man gleichzeitig das Kontingent einschränkt. Das aber geht natürlich nicht.

Ihre Position heute?

Dort, wo wir Spielraum haben, müssen wir die WTO-Formel, die dann kommt, anwenden, so dass wir wirklich nur bei äusserst sensiblen Bereichen in die Liste der sensiblen Produkte gehen müssen. Will man ein Produkt als sensibel bezeichnen, muss man immer dafür bezahlen. Entweder mit zusätzlicher Kontingentierung oder mit zusätzlichem Zollabbau zum Beispiel bei anderen Produkten. Bei den sensiblen Schweizer Produkten wie Milch, Fleisch, Früchten, Gemüse, Kartoffeln hat der Bauer auf absehbare

Zeit noch einen relativ hohen Grenzschutz nötig. Da reichen die Direktzahlungen sicher noch nicht aus.

*Die Ausgangslage der Schweiz ist nicht be-
rauschend?*

Gewiss nicht. In einem Tempel, in dem die schrittweise Liberalisierung das Loblied ist, sind jene, die wenig und gar nicht liberalisieren wollen, die grössten Sünder. Wir versuchen in unserer Argumentation immer wieder den Beweis zu erbringen, dass nicht wir die grössten Sünder sind, sondern jene, die zwar importieren und demzufolge auch Schutzmechanismen haben, gleichzeitig aber auch massiv exportieren und so von jeder Marktöffnung profitieren. Geht beispielsweise der japanische Reismarkt auf, bringt das der Schweiz gar nichts. Wir werden sicher nicht unseren Tessiner Reis nach Japan verschiffen.

Werden aber die Schweizer Gemüsebauern mit Zöllen geschützt, geht doch die WTO nicht unter.

Klar, aber es ist ein gefährliches Argument. So kann dann jeder und jede kommen. Das ist die Schwierigkeit. Wir haben ja nicht ein Problem in der Landwirtschaft, weil unsere Produzenten schlecht wären. Wir haben das Natur gegebene Problem der kleinen Strukturen, und ein Wirtschaftsproblem, das von der Hochpreisinsel Schweiz herrührt. Ich sage deshalb allen Bauern: Unterstützt das EVD-Reformprogramm, um mehr Wettbewerb in diesem Land zu ermöglichen, so dass in den anderen Sektoren ausserhalb der Landwirtschaft die Preise eben auch gesenkt werden. Dann haben die Bauern auch billigere Produktionskosten und das ist die Schiene, die sie am wenigsten kostet; weil die andern handeln müssen. Nicht zu vergessen hier, dass die mit der Landwirtschaft verbundenen Wirtschaftskreise auch nochmals in einer schwierigen Situation stecken: die Müller etwa. Früher waren es hunderte, heute sind es noch 60. Rein ökonomisch immer noch enorm. Die Schweiz hat weltweit immer noch eine der grössten Dichten an Mühlen. Das bedeutet: Die grossen Mühlen müssen noch wachsen können, um gegenüber dem Ausland wettbewerbsfähig zu bleiben und die Kleinen müssen sich auf Nischenprodukte spezialisieren. Oder aufgeben. Das sind die einzigen Alternativen. Oder die Bäcker, die ein Schweizer Brot bewerben wollen, das in der ganzen Schweiz hergestellt wird. Ist das qualitativ so hochstehend wie unsere Brote es sind, die ich als Vielreisender zu den besten der Welt zähle, dann gibt

das Nischenabsatzmöglichkeiten in den Grenzgebieten einerseits, oder sogar in ein paar Luxuslokalen in London oder New York. Absatz, von dem auch die Müller wieder profitieren, ebenso die Schweizerischen Getreideproduzenten.

Ihre Botschaft an die Adresse der Bäuerinnen und Bauern?

Meine Botschaft seit über einem Jahr: Am Schluss dieser WTO-Runde gibt es weniger Grenzschutz, es gibt weniger Inlandstützung und es gibt keine Exportsubventionen mehr. Nachdem ich das nun ein Jahr lang repetiert habe, wissen sie das. Wir versuchen weiterhin, die Bezüge dazu aufzuzeigen. Unsere Beziehungen zur EU einerseits. Mit den Bilateralen I-Landwirtschaftsabkommen schaffen wir 2006 den Freihandel beim Käse. Für verarbeitete Produkten im EU-Raum schaffen wir die Exportsubventionen ab. Also ist das, was wir nun noch gegenüber dem Rest der Welt machen müssen, ein kleiner Schritt. Natürlich murren sie da. Aber es geht noch um eine Grössenordnung von ein paar hundert Millionen. Es ist falsch, all das zu vermischen und der WTO zuzuschieben. Vieles haben wir längst schon wegen der Bilateralen Verträge mit der EU beschlossen, machen wir eh schon. All das können wir uns in den WTO-Verhandlungen anrechnen lassen. Wenn Herr Merz in den Landwirtschaftsbudgets spart, war es immer meine Botschaft: Kürzt dort, wo wir es uns in der WTO anrechnen lassen können. Sonst müssen die Bauern zweimal bezahlen und das ist nicht fair. Also ja nicht bei den Direktzahlungen sparen, sondern bei den Subventionen, die wir eh abbauen müssen. Jetzt machen wir es halt ein paar Jahre früher. Dafür ist aber auch nicht die WTO Schuld. Wir verstehen die Situation der Landwirtschaft sehr gut. Wir machen das Maximum möglich. Das, was wir gesamtwirtschaftlich verantworten können.

Was halten Sie von der Forderung: Landwirtschaft raus aus der WTO?

Nichts. Es schleckt keine Geiss weg, dass wir einen internen Reformbedarf haben. Wir haben zwar die schönste Landwirtschaft der Welt. Aber auch eine sehr teure. In der Zeit, in der sich die öffentlichen Mittel reduzieren, stellt sich die Frage der Verteilung intern. Das erleben die Bauern heute auf dramatische Art und Weise, indem sie jetzt erstmals gleichberechtigt wie die andern in die Sparübungen miteinbezogen werden. Es passiert in der WTO sicher viel, was die Bauern direkt betrifft. Aber es passiert nicht viel anderes, als man es eh hätte in irgendeiner Form

angehen müssen: Wenn wir unser Verhältnis zur EU ausbauen. Oder wenn wir unsere Finanzen in Ordnung kriegen wollen. Wo ich grosses Verständnis für die Bauern habe, sind ihre Forderungen nach weniger drastischen Rahmenbedingungen, die ihre unternehmerischen Freiheiten einschränken. Da sitzen die Bauern im gleichen Boot wie die KMUs.

Mir scheint, Sie agieren hier ständig mit dem feinen Florett, währenddem im politischen Schaufenster mit dem Zweihänder operiert wird.

Wir operieren stets auf heiklem und schwierigem Feld. Auch, was die Kommunikation in diesen Bereichen betrifft. Weil wir eigentlich sehr komplexe Zusammenhänge aufzeigen müssen. Für mich wird beispielsweise der kulturelle Bereich in der Landwirtschaftspolitik zu wenig beachtet und gewichtet. Ich bin erstaunt, wie wenig sich selbst die Bauern auf diese Argumentationslinie verlassen. Meine Frau kommt aus Asien. Deshalb weiss ich vielleicht besser als der Durchschnittseuropäer, wie wichtig in Asien die Verehrung der Vorfahren ist. Die Vorfahren reisen auch in irgendeiner Form immer mit. Sie sind präsent. Wenn jetzt ein Bauer seinen Betrieb aufgeben muss, der Generationen lang von der Familie bewirtschaftet worden ist, dann ist das emotional wahnsinnig schwierig. Man gibt eine Familientradition auf. Der, der aufgeben muss, ist in den Augen des Vaters, der vielleicht gar nicht mehr lebt, ein Versager. Das scheint mir auch bei uns ein wichtiger Bestandteil der Diskussion zu sein. Es gibt zudem viele handwerkliche Kleinbetriebe im ländlichen Raum. Das Risiko, all das zu vernachlässigen, heisst: noch stärker als heute, eine Nein-Welle im ländlichen Raum auszulösen. Weil das Nein gegen Bern die einzige Waffe der frustrierten Bevölkerung auf dem Land bleibt. Diesen emotionalen Aspekt gälte es besser zu durchleuchten, bevor man mit Standardrezepturen ficht. Tut man es nicht, könnte es bald einmal zu einer Explosion kommen. Gerade wir von der Aussenwirtschaft aber haben ein grosses Interesse daran, für unsere Projekte Mehrheiten zu finden in diesem Land. Dazu braucht es Menschen, die Ja sagen können.

Auch zu einer WTO mit Landwirtschaft?

1947, als der Gatt-Vertrag in Kraft gesetzt wurde, war die Landwirtschaft miteinbezogen. Anfangs der Fünfziger Jahre kamen dann die Amerikaner und haben für 12 Sektoren eine Ausnahme von den Gatt-Bestim-

mungen verlangt. Da waren natürlich all ihre sensiblen Sektoren dabei: Erdnüsschen, Zucker, Baumwolle usw. Dann ist die EU bzw. die EWG gegründet worden. Mit einer Agrarpolitik, die gar nicht Rücksicht genommen hat auf das Gatt. Mit dem Beitritt von England zur EU am 1. Januar 1973 ist in Australien, Neuseeland und teilweise auch in Kanada eine Wirtschaftskrise ausgebrochen. Weil die Agrarpolitik der EU den Markt gegenüber Importen aus diesen Ländern abgeschottet hat. Das hat bei unserer Generation in diesen Ländern grossen Missmut hinterlassen. Das Gatt-Regime war eigentlich auf alle Industriesektoren mit Aus-

gestellt zu bekommen. Das führt zu grossen Meinungsverschiedenheiten und Missverständnissen mit den Exporteuren. Dieser ideologische Kampf ist kaum zu gewinnen, weil die Veränderungen in einem multilateralen System immer sehr langsam zu erzielen sind. Weil es den Konsens braucht. Als wir in der Uruguayrunde 1986-1993 über die Multifunktionalität der Schweizerischen Landwirtschaft geredet haben, haben uns die andern angeschaut, als kämen wir vom Mond. Heute ist das Konzept der Multifunktionalität sogar in der OECD verankert. Und es ist mit den etwas schwammigen «Non Trade Concerns» in der WTO festgeschrieben.

Instrumente wie geografische Herkunftsbezeichnungen, die gewerblich hergestellte Spezialitäten im Nahrungsmittelbereich oder auch im Industriebereich schützen helfen. Dann die Abgeltungen der Umweltschutznormen. Wenn wir schon teurer produzieren, um die Umwelt zu schützen, dann sollten wir die Differenz zum Weltmarkt in Form von Direktzahlungen ausgleichen können. Das ist heute Teil der Greenbox. Wir möchten den Rahmen nun neu auch auf den Tierschutz ausweiten. Wobei ich in Genf bewusst auf Anträge zur Änderung der jetzigen Bestimmungen verzichtet habe, da man das auch in die heute formulierten Bestimmungen hineinlesen kann. Schlagen wir offiziell eine multilaterale Definition vor, wird das Endresultat sicher nicht so, wie wir uns das vorstellen. Also lieber Bestehendes levantinisch interpretieren, als teutonisch Perfektes vorschlagen, das dann nicht Bestand hat.



Sturierte mit einer Büroklammer ein Zoll-Exempel: WTO-Chefunterhändler Luzius Wasescha in seinem Berner Büro, Bundeshaus Ost.

Was wäre passiert, wenn es in Genf nicht zu dieser Einigung gekommen wäre?

Wir wären noch mehr als heute unter Zugzwang geraten, mit unseren wichtigsten Partnern Freihandelsabkommen abzuschliessen. Mit den USA und Japan etwa. Wobei Japan der Landwirtschaft keine grossen Probleme bringt. Mit der USA klären wir derzeit, was möglich ist und was nicht, um den Kahlschlag in der Landwirtschaft zu verhindern. Jene, die in der WTO blockieren, schaden sich selbst am meisten. Einige von ihnen haben es rechtzeitig gemerkt: Wenn wir in der WTO etwas nicht erreichen, passiert es bilateral oder plurilateral ohne uns. Deshalb werden sie vernünftiger. Es wird in den nächsten Jahren zwar nochmals einen Aufschwung für die bilateralen präferenzialen Abkommen geben, weil man erst in der konkreten Umsetzung merkt, dass es so nicht mehr funktioniert. Wenn ich auf einem Produkt wie dieser Büroklammer pro Kilo noch drei Prozent des Warenwerts in Zoll zahlen muss, trotz einem Freihandelsabkommen mit – sagen wir – Malaysia, dann zahle ich vielleicht die 30 Rappen Zoll lieber, als 50 Formulare auszufüllen und einen teuren Anwalt zu engagieren, der erst einmal klären muss, wo der Unterschied zwischen den Ursprungsregeln liegt, welche die Schweiz im Freihandelsabkommen mit Malaysia im Gegensatz zu den Abmachungen in einem Freihandelsabkommen mit Marokko ausgehandelt hat. Ist das Bewusstsein einmal erlitten, dass bilaterale und plurilaterale Abkommen aus x Gründen nicht funktionieren, findet man rasch wieder an den WTO-Verhandlungstisch zurück.

Interview: Beat Hugli

nahme der Textilien anwendbar. Praktisch kaum aber auf die Landwirtschaft. Mit der Uruguayrunde hat man das korrigiert. Klar, dass man nun einen Riesenrückstand in der Landwirtschaft zu allen anderen Bereichen hat, in denen die schrittweise Liberalisierung seit 1947 Tatsache wurde. Das gibt dem Landwirtschaftsdossier heute auch ein so grosses Profil. Es geht dabei, weniger abstrakt gesagt, um eine weltweite Koexistenz von weltweit wettbewerbsfähigen und nicht-wettbewerbsfähigen Landwirtschaften. Da ist ein Schutzbedürfnis sowohl bei zahlreichen Entwicklungsländern wie auch bei uns Europäern da. Weil wir von der Landwirtschaft mehr erwarten, als nur Produkte her-

Knapp 20 Jahre später!

Jetzt gilt es, dies alles in der WTO auch konkret operationell zu gestalten. Dass man nicht nur in der Präambel sagt, die nachhaltige Entwicklung sei zu fördern und zu berücksichtigen. Es muss auch operationell festgelegt werden, wie das gelingen kann. Da haben wir sicher gute Erfolgchancen mit der Greenbox, in der die Direktzahlungen weiterhin möglich sind. Sie sind heute in der WTO quasi unbestritten. Ebenso der rasche Abbau der Exportsubventionen.

Das betrifft bei uns welche Produkte?

Käse, Milchpulver und verarbeitete Nahrungsmittel. Dann gibt es noch zusätzliche